

Smart Germany: Digitalpolitik aus einer Hand

Die Digitalisierung verändert die Lebenswirklichkeit der Menschen in vielen Bereichen fundamental. Die Herausforderung: Der Wandel ist schnell und betrifft als Querschnittsthema praktisch alle Politikbereiche. Einfache Lösungen gibt es nicht. Muss man deswegen aber vor einer einheitlichen Digitalpolitik kapitulieren? In der Bundesregierung herrscht mit vielen unabgestimmten Beratungsgremien Chaos. Der Normenkontrollrat hat z. B. versucht, allein die Gremien aufzuzeichnen, die an der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes beteiligt sind, also dem ersten Schritt zur inneren Digitalisierung der Verwaltung. Das Ergebnis überschreibt er mit: „Was nun?“ (Quelle: Normenkontrollrat, Monitor Digitale Verwaltung #2, 2019). Eine einheitliche Struktur ist bei der Bundesregierung seit Jahren nicht erkennbar. Auch eine Koordinierung der Digitalthemen aller Ressorts findet nicht statt. Die Bundesregierung offenbart ihre Konzeptlosigkeit auch in diesem Bereich mit ihrer so genannten Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“. Tatsächlich ist die Broschüre nichts weiter als die Erfassung von Digitalprojekten der Bundesregierung – ohne inneren Bezug, ohne Priorisierung, ohne Koordinierung.

Die Koordinationsfunktion sieht die Bundesregierung im Bundeskanzleramt. Doch ist noch nicht einmal klar, wer dafür wirklich zuständig sein soll: Staatsministerin Bär, der praktisch kein eigener Stab zur Verfügung steht, oder Kanzleramtsminister Braun? Tatsächlich kann eine ständige Koordination aus dem Bundeskanzleramt heraus gar nicht funktionieren. Diese Aufgabe ist äußerst unbequem und arbeitsintensiv, da ständig Absprachen geleistet werden müssen. Das Kanzleramt gibt Richtlinien vor und entscheidet über Zuständigkeitsfragen. Die täglich notwendige Arbeit kann dagegen nur von einem eigenen Ministerium geleistet werden.

Wir Liberale fordern daher ein Digitalministerium, das mit eigener Budgetverantwortung Schwerpunkte setzt, zwischen den Fachressorts koordiniert und der größten Substanzrevolution unserer Gesellschaft die Bedeutung zumisst, die sie hat. Angelehnt an die Struktur eines Digitalministeriums, das wir in Regierungsverantwortung aufbauen würden, haben wir bereits in der Opposition ein Konzept entwickelt, das auf drei Säulen basiert:

- 1. Treiben der digitalen Kernthemen.**
- 2. Koordination der digitalen Fachthemen.**
- 3. Vorausdenken der digitalen Zukunftsthemen.**

Nach diesem Dreiklang haben wir deshalb auch die Digitalpolitik in der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag organisiert:

Smart Germany – digital Verbunden		
<u>Koordination</u>	<u>Kernthemen</u>	<u>Thinktank</u>
Unsere Fachpolitiker entwickeln die jeweiligen Fachvorhaben der Digitalisierung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Digitalpolitiker begleiten diese Fachvorhaben von Anfang an mit ihrer technischen Expertise und koordinieren die verschiedenen Projekte unter dem Dach des „Smart Germany“-Konzepts.	Einige Kernthemen, die mit eigener Budgetverantwortung und Federführung in einem Digitalministerium verortet werden können, werden zentral behandelt. Die Digitalpolitiker vertiefen, entwickeln und treiben diese Kernthemen der digitalen Transformation.	Um rechtzeitig Rahmenbedingungen anpassen zu können, müssen Politik und Verwaltung neue Technologien verstehen und Trends frühzeitig erkennen. Die Stabsstelle Digitalisierung der Fraktion der Freien Demokraten fungiert zusammen mit den Abgeordneten als Thinktank für die Zukunftsthemen der Digitalisierung.

Smart Germany – digital Verbunden

Grundprinzipien

Einige Grundprinzipien gelten für die Freien Demokraten immer. Im Bereich der Digitalisierung gehören dazu Themen wie das Recht auf Privatsphäre, Datensouveränität, Ablehnung von Massenüberwachung, Transparenz und Datenschutz. Ein entsprechend umfassendes Gerüst von liberalen Leitlinien für die Digitale Transformation hat die Bundestagsfraktion erarbeitet und beschlossen. Sie sind die unverletzliche Grundlage aller Initiativen über die drei Säulen hinweg. Sie sind in unserem Positionspapier sm@rtGermany – digitalVerbunden vom 19.03.2019 nachzulesen.

Kernthemen

Digitale Infrastruktur

Grundlage des digitalen Fortschritts ist eine funktionierende Infrastruktur. Die Bundesregierung hat die Relevanz eines flächendeckenden Glasfasernetzes zu spät erkannt, daher gibt es beim Ausbau Engpässe und bei der Prioritätensetzung Unstimmigkeiten. Wir Liberale wollen durch eine Neuordnung der Förderkulisse und die Entbürokratisierung der Antragstellung den Ausbau von gigabitfähigen Netzen beschleunigen. Zusätzlich müssen wir im Mobilfunk verstärkt den Ausbau in weißen Flecken vorantreiben. Dafür sollen die Erlöse der Frequenzversteigerungen zukünftig im Mobilfunkmarkt bleiben und gezielt eingesetzt werden, um eine bessere Abdeckung zu finanzieren.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland (19/2991, 27.6.2018)
- Antrag: Digitalisierung im 21. Jahrhundert Digitale Infrastruktur im Glasfaserausbau (19/6398, 11.12.2018)
- Antrag: Lückenschluss im Mobilfunk durch Einsatz öffentlicher Infrastruktur beschleunigen – BOS Netz nutzen (19/7905, 19.02.2019)
- Antrag: Lückenschluss-Auktion: Frequenzvergabe neu denken (19/10618, 04.06.2019)
- Positionspapier: Digitale Infrastruktur des 21. Jahrhunderts (09.11.2018)
- Gastbeitrag: Neues Netz, Alte Probleme (26.11.2018)

Digitale Verwaltung

Durch Behördengänge verschwenden wir unnötig Lebenszeit. Doch das digitale Amt ist in Deutschland noch Zukunftsvision. Länder wie Estland oder Dänemark machen uns vor, wie es gehen könnte. Um einen „One-stop-shop“ in der Verwaltung zu etablieren, müsste man einheitliche Standards etablieren und das Verwaltungshandeln mit der Logik der IT in Einklang bringen. Darüber hinaus fordern wir den Personalausweis, sämtliche Berechtigungskarten und amtliche Urkunden auf Smartphones übertragbar zu machen. Ohne ein zuständiges Digitalressort wird das kaum gelingen.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Programm zur Beschleunigung der Digitalisierung in Deutschland (19/2991, 27.6.2018)
- Antrag: Zollverfahren vereinfachen – Bürokratie abbauen (19/6549, 17.12.2018)
- Gastbeitrag: Der Staat vergeudet unsere Zeit, (10.01.2019)
- Antrag: Smart Perso – Personalausweis auf dem Handy (19/9291, 10.04.2019)

- Antrag: Smart Germany – Bundesministerium für Digitalisierung etablieren ([19/9929](#), 07.05.2019)
- Entschließungsantrag: Register modernisieren für einen registerbasierten Zensus 2021 ([19/10712](#), 05.06.2019)

Datenrecht, Urheberrecht und IT-Sicherheit

Das grundgesetzlich verbrieftete Recht auf Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses muss auch für die elektronische Kommunikation gelten. Obwohl es ausgereifte Verschlüsselungstechnologien gibt, werden sie in der Praxis viel zu selten angewandt. Wir Liberale fordern ein Recht auf Verschlüsselung. So wollen wir sowohl die Entwicklung von Sicherheitstechnologien befördern als auch deren tatsächliche Anwendung forcieren. Denn Daten sind der Treibstoff für Innovationen und neue Dienste. Diese wollen wir ermöglichen und gleichzeitig den hohen und weltweit angesehenen Datenschutzstandard Europas und Deutschlands halten. Zudem lehnen wir jede staatliche Kontrolle oder Prüfung auf die Richtigkeit von Nachrichten oder Meldungen ab.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Datenschutz-Grundverordnung ([19/2693](#), 13.06.2018)
- Antrag: Bekenntnis für Meinungsfreiheit und gegen Upload-Filter ([19/3002](#), 27.06.2018)
- Antrag: Sichere Kryptographieverfahren für Quantencomputer entwickeln ([19/4845](#), 10.10.2018)
- Antrag: Recht auf Verschlüsselung: Privatsphäre und Sicherheit im digitalen Raum stärken ([19/5764](#), 13.11.2018)
- Infopapier zur Datenschutz-Grundverordnung (12/2018)
- Antrag: Grundrechte bei der Einführung von E-Evidence wahren ([19/7422](#), 29.01.2019)
- Antrag: Digitalisierung ernst nehmen: IT-Sicherheit stärken! ([19/7698](#), 12.02.2019)
- Antrag: Keine Pflicht zur Speicherung von Fingerabdrücken in Personalausweisen ([19/8280](#), 13.03.2019)
- Antrag: Urheberrecht neu denken – Ohne Upload-Filter ([19/8959](#), 03.04.2019)
- Antrag: Urheberrecht nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit missbrauchen ([19/10076](#), 10.05.2019)

Koordiniert: Fachthemen

Smart Economy: Gründungen erleichtern / Fair Play in der Digitalwirtschaft

Deutschland ist Exportweltmeister, doch innovative Unternehmen im Digitalbereich kommen meist aus den USA. In der digitalen Wirtschaft müssen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen und Marktteilnehmer hergestellt werden. Dazu wollen wir das Wettbewerbsrecht an diese Entwicklungen der digitalen Wirtschaft anpassen. Zudem wollen Gründungen erleichtern und z. B. mit einem zeitlich befristeten Sofortabschreibungsprogramm für digitale Güter und einer unbürokratischen steuerlichen Forschungsförderung einen Innovationsschub in der digitalen Transformation auslösen.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Verbesserte Abschreibung für digitale Wirtschaftsgüter – Steuerlicher Innovationsschub für die digitale Transformation von Unternehmen ([19/959](#), 27.02.2018)
- Antrag: Fair Play in der digitalen Wirtschaft herstellen ([19/8264](#), 12.3.2019)

- Antrag: Unternehmensteuerreform anstatt Digitalsteuer ([19/10162](#), 14.05.2019)
- Antrag: Gründerrepublik Deutschland: Freiheitszonen für einen Aufschwung Ost ([19/11052](#), 24.06.2019)
- Antrag: Gründerrepublik Deutschland: Gründungen durch Zukunftstechnologien erleichtern ([19/11053](#), 24.06.2019)
- Antrag: Gründerrepublik Deutschland: Start-ups und Mittelstand vor der Urheberrechtsreform schützen ([19/11054](#), 24.06.2019)
- Antrag: Gründerrepublik Deutschland: Zukunftsfonds für eine neue Gründerzeit ([19/11055](#), 24.06.2019)

Smart Education: Digitale Kompetenzen vermitteln

Digitale Bildung ermöglicht es vielfach erst, selbstbestimmt eigene Träume zu verwirklichen und in der Arbeitswelt von heute und morgen erfolgreich zu sein. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland nimmt die Digitalisierung als Chance wahr, beklagt aber zu wenig Weiterbildung im eigenen Arbeitsumfeld. Mit modernem Unterricht und digitalen Methoden und Materialien können wir unsere Kinder fit machen für die Welt von morgen. Aber auch das lebenslange Lernen muss in der Wirklichkeit der Beschäftigten ankommen. Wir Liberalen fordern daher eine unbürokratische Förderung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Ein Update für die berufliche Bildung – Exzellenzinitiative, Digitalisierung und flexible Ausbildungsstrukturen auf den Weg bringen ([19/1835](#), 24.04.2018)
- Antrag: Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands sichern – Bildung und Forschung in den Mittelpunkt stellen ([19/2988](#), 27.06.2018)
- Antrag: Bessere Bildung durch einen modernen Bildungsföderalismus ([19/4556](#), 26.09.2018)
- Antrag: Update und Add-ons für den Digitalpakt Schule: Umfassende Bund-Länder-Strategie für digitale Bildung in der Schule ([19/4451](#), 21.09.2018)
- Antrag: Digitalpakt 2.0 ([19/10160](#), 14.05.2019)
- Antrag: MINT-Kompetenz für den Technologie- und Innovationsstandort Deutschland – Außerschulische Initiativen stärken und mit Schule verzahnen ([19/11155](#), 26.06.2019)

Smart Research: Spitzenforschung in Deutschland

Technische Neuerungen und Prozessinnovationen machen die Digitalisierung zu einem stakkatoartigen, immer wieder disruptiven Prozess, der die innovativsten Köpfe der Welt immer wieder herausfordert, aber auch belohnt. Wir stehen in einem scharfen internationalen Wettbewerb um die besten Forscherinnen und Forscher. Leider sind es gerade die klügsten Köpfe, die uns verlassen bzw. nach einem Auslandsaufenthalt nicht nach Deutschland zurückkehren. Daher brauchen wir die besten Rahmenbedingungen für unsere Hochschullandschaft, Exzellenzinitiativen eine strategische Anwerbestrategie für Top-Wissenschaftler und stabile Perspektiven an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher für Deutschland als führenden Standort internationaler Wissenschaft, Forschung und Innovation gewinnen und halten ([19/5077](#), 17.10.2018)

- Antrag: Innovationsbrücke bauen zwischen Hochschule und Praxis – Die Deutsche Transfergemeinschaft ([19/6265](#), 04.12.2018)
- Antrag: Forschungoutput stimulieren – Pakt für Forschung und Innovation neu justieren ([19/8957](#), 03.04.2019)

Smart Traffic: Innovative Mobilitätslösungen ermöglichen

Neue Geschäftsmodelle und Anbieter für neue Formen der Mobilität drängen im Zuge der Digitalisierung auf den Markt. Sie folgen so der veränderten Mobilitätsnachfrage der Menschen. Insbesondere in der Personenbeförderung wird mit den neuen Formen wie der Sharing Economy und des (On-Demand-)Poolings die Diskrepanz zwischen Status Quo und den neuen Möglichkeiten offensichtlich. Insbesondere das Personenbeförderungsgesetz ist im Zuge der Digitalisierung und den damit einhergehenden Veränderungen heute nicht mehr aktuell. Die Freien Demokraten wollen ein faires Level-Playing-Field für alle Anbieter herstellen. Zudem müssen Möglichkeiten der intelligenten Verkehrssteuerung sowohl für den Individualverkehr, als auch für den ÖPNV konsequent genutzt werden. In Zukunft wird zusätzlich das autonome und vernetzte Fahren den Verkehr noch effizienter und sicherer machen. Hierfür müssen jetzt schon die Grundlagen gelegt werden.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Intelligente Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in deutschen Städten ergreifen – Fahrverbote verhindern ([19/1695](#), 17.04.2018)
- Antrag: Digitalisierung der Schiene durch Verkauf von Beteiligungen der Deutschen Bahn AG vorantreiben ([19/6284](#), 05.12.2018)
- Antrag: Innovationsschub für das autonome Fahren in Deutschland ([19/11118](#), 25.06.2019)
- Positionspapier: Innovative Mobilität ermöglichen – Eckpunktepapier zur Modernisierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG)

Smart Farming:

Mit digitalen Techniken können Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Gleichzeitig können die gestiegenen Anforderungen an den Schutz von Boden, Wasser, Luft und Ressourcen erfüllt werden. Aber auch für das Tierwohl kann mit Sensorik und digitale Techniken besser geschützt werden. Die Rahmenbedingungen stimmen jedoch noch nicht überall, um die gesamte Wertschöpfungskette in der Landwirtschaft ohne Informationsbrüche digital zu integrieren. Daher fordern wir z. B. die Entwicklung von Standardschnittstellen für eine problemlose Datenübertragung zwischen Maschinen, technischen Einrichtungen, Datenanbietern und Datenmanagementsystemen. Die Grundlage für alle digitalen Lösungen muss aber zu allererst sichergestellt sein: eine flächendeckende Breitbandversorgung.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Chancen der Digitalisierung für die Landwirtschaft und ihre Wertschöpfungskette nutzen ([19/436](#), 16.01.2018)
- Antrag: Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland ([19/7029](#), 15.01.2019)

Smart Care:

In Gesundheit und Pflege bieten digitale Lösungen große Potentiale, insbesondere zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Bürokratie und Dokumentation können durch IT-Systeme effizienter gestaltet werden. Zudem können digitale Hilfsmittel und Robotik bei körperlich schweren Aufgaben assistieren. Das im Pflegepersonalstärkungsgesetz vorgesehene Förderprogramm zur Digitalisierung

in Pflegeeinrichtungen beschrieben viele Experten in der entsprechenden Anhörung als unzureichend. Gleichzeitig halten die Vorgaben und Fristen zur Einführung einer geeigneten Telematikinfrasturktur einem Realitätscheck nicht stand.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Realistische Zielvorgaben zur Einführung der Telematikinfrasturktur (19/2692, 13.06.2018)

Smart Diplomacy:

Mit dem steigenden Einfluss der Tech-Unternehmen wächst auch ihre gesellschaftliche Verantwortung. Es ist deshalb entscheidend, dass Staaten die aktuellsten technologischen Entwicklungen weltweit im Blick behalten und mit führenden Unternehmen und aufstrebenden Start-ups in den Innovationszentren der Welt im Dialog stehen. Dänemark und Frankreich entsandten im Jahr 2017 bereits jeweils einen „Tech Ambassador“ ins Silicon Valley. Mit Libra zeigt Facebook derzeit, welche gesellschaftliche und wirtschaftliche Disruptionen von einzelnen Firmen ausgehen können. Um auf solche Entwicklungen frühzeitig reagieren zu können und um den Wissenstransfer zu beschleunigen, fordern wir die Entsendung eines Innovationsbotschafters.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Digitalisierung trifft auf Diplomatie – Innovationsbotschafter entsenden (19/8542, 19.03.2019)

Thinktank: Zukunftsthemen

Künstliche Intelligenz

Zukunftstechnologien wie insbesondere die Künstliche Intelligenz (KI) werden viele Anwendungsgebiete und unsere Arbeitswelt positiv verändern. Wir wollen dabei vor allem die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft intensivieren. Als ersten Schritt fordern wir eine Plattform zum beschleunigten Transfer von KI-Grundlagenforschung in konkrete Anwendungen. Dabei sollen auch Fragen des Datenschutzes und der Datenethik berücksichtigt werden. Zusätzlich müssen bestehende rechtliche Rahmenbedingungen an neue Technologien, wie der künstlichen Intelligenz, angepasst werden. Dafür müssen hinderliche, veraltete Regularien identifiziert und beseitigt werden. Deswegen fordern wir digitale Freiheitszonen, in denen Unternehmen und Forschungsinstitute experimentieren können. In diesen „Sandboxes“ soll festgestellt werden, welche Rahmenbedingungen für das KI-Zeitalter angepasst werden müssen.

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Strategie der Bundesregierung zu Künstlicher Intelligenz erfolgsorientiert ausrichten (19/5629, 08.11.2018)
- Antrag: Gründerrepublik Deutschland – Freiheitszonen für einen Aufschwung Ost (19/11052, 24.06.2019)

Blockchain Technologie

Die Blockchain- bzw. Distributed-Ledger-Technologie hat das Potential zum Game-Changer in vielen Bereichen. Noch ist nur ansatzweise klar, wie die Technologie dabei helfen kann, anstehende Herausforderungen in Gesellschaft und Wirtschaft zu lösen. Damit sich diese Potentiale entfalten können, müssen wir die Rahmenbedingungen richtig setzen. Voraussetzung dafür ist die intensive Auseinandersetzung mit Kryptowährungen und anderen Anwendungen der noch jungen Technologie. Daher informiert sich die Bundestagsfraktion in Gesprächen, Veranstaltungen und einer

ganzen Reihe von Anfragen. Wir wollen Innovationen verstehen und ermöglichen, nicht vorsorglich regulieren und verhindern.

Unsere Anfragen:

- Initial Coin Offerings (beantwortet, [19/648](#), 31.01.2018)
- Entwicklung des deutschen FinTech-Marktes (beantwortet, [19/8020](#), 26.02.2019)
- Regulierungsansätze der EBA zu Kryptoassets (beantwortet, [19/8103](#), 04.03.2019)
- Online-Konsultation zur Erarbeitung der Blockchain-Strategie (beantwortet, [19/9752](#), 26.04.2019)
- Empfehlungen der ESMA zu Initial Coin Offerings und Kryptoassets (beantwortet, [19/10321](#), 17.05.2019)
- Weltweite FinTech Festivals (beantwortet, [19/10342](#), 20.05.2019)
- Positionen der Europäischen Zentralbank zu Kryptoassets (beantwortet, [19/11372](#), 04.07.2019)
- Elektronisches Wertpapier (beantwortet, [19/11385](#), 04.07.2019)
- Kryptowerte und Geldwäsche (beantwortet, [19/12466](#), 16.08.2019)
- Digitales Zentralbankgeld (beantwortet, [19/12467](#), 16.08.2019)

Unsere bisherigen Initiativen:

- Antrag: Zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Distributed-Ledger-Technologie im Finanzmarkt schaffen ([19/4217](#), 11.09.2018)